

Dossier Nr. 80

Feindbilder und Konflikteskalation

Mit Beiträgen von Claudia Haydt, Karin Kulow, Karin Leukefeld, Gerd Sommer

Beilage der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“

Ausgabe 4/2015

Bashar al-Assad

Ein Feind wird gemacht

von Karin Leukefeld

Bis zum Frühjahr 2011 galt der syrische Präsident Bashar al-Assad in Syrien und international als Hoffnungsträger. Heute gilt er als »Schlächter von Damaskus«. Mit dem Menschen und Politiker Assad hat das wenig zu tun.

Mehr als zwölf Millionen Einträge zeigt die Suchmaschine von Google im Internet an, wenn man »Bashar al-Assad« eingibt. *„Wie weite Teile der syrischen Elite gehört Assad der Religionsgemeinschaft der Alawiten an“*, weiß Wikipedia, das bei den Suchergebnissen prominent die halbe Seite auf dem Bildschirm einnimmt. Am unteren Rand, unter der Rubrik »Wird auch oft gesucht«, zeigt Google neben Fotos seiner Ehefrau, Asma al-Assad, des Vaters Hafez und des Bruders Maher auch die ehemaligen Regierungschefs von Libyen, Muammar Ghaddafi, und des Iraks, Saddam Hussein.

Dass den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad – ebenso wie seinen Vater – mit den beiden Politikern eher nichts verband, geht aus der Zuordnung nicht hervor. Darum geht es auch nicht. Die Nennung der Namen und die Fotos sollen suggerieren, dass Assad das Schicksal der beiden Politiker teilen könnte oder wird. Sowohl Saddam Hussein als auch Muammar Ghaddafi wurden gestürzt, gejagt und getötet. Und alle drei – und das haben die bundesdeutschen Leitmedien und Portale im Internet hinreichend klar gemacht – sind *„Despoten, [die] ihr Volk abschlachten“*, wie es beispielsweise bei einer Diskussion auf SPIEGEL ONLINE im Juni 2014 hieß. Dem »Hitler von Bagdad« (Saddam Hussein) folgte der »irre Potentat Ghaddafi« (Muammar al Ghaddafi), der wiederum vom *„Schlächter von Damaskus“* (Bashar al-Assad) abgelöst wurde.¹ Der Oppositionelle Haitham al-Maleh, der im März 2011 im Zuge einer Amnestie freigelassen worden war und nach Deutschland ausreisen konnte, spielte sich im Januar 2012 zum Richter über den syrischen Präsidenten und seine Familie auf. Dem Londoner »The Telegraph« erklärte der Jurist: *„Assad und seine Familie werden in Syrien umgebracht [...] Sein Ende wird sein, dass er getötet wird, wie Gaddafi.“*²

Am 11. Juli 2011 – die innersyrischen Unruhen dauerten gerade vier Monate – erklärte US-Außenministerin Hillary Clinton, der syrische Präsident Bashar al-Assad habe alle Legitimität verloren und sei *„nicht lebensnotwendig“* für Syrien. Er halte sein Wort nicht und werde trotz der zunehmenden Proteste keine Reformen umsetzen.³ Nur wenige Tage zuvor (8.7.2011) war der US-Botschafter in Syrien, Robert Ford, mit seinem französischen Amtskollegen Eric Chevallier nach Homs gefahren, um eine große Protestkundgebung zu besuchen. Die ausländischen Diplomaten besuchten

Oppositionelle sowie Beerdigungen, die zumeist zu neuen Demonstrationen wurden. Wo immer etwas im Land geschah, waren die Botschafter früher oder später präsent, um anschließend Berichte für ihre Regierungen zu verfassen. Nach internationalen diplomatischen Gepflogenheiten sollten Botschafter solche Aktivitäten unterlassen, da sie vom Gaststaat – in diesem Fall Syrien – als »Einmischung in innere Angelegenheiten« verstanden werden könnten.

Im August 2011 sagte der damalige deutsche Außenminister Guido Westerwelle der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (6.8.2011), er glaube nicht, dass es noch eine „politische Zukunft für Assad geben“ könne. Angebote zum Dialog könnten nicht ernst genommen werden, so Westerwelle: „Die massive Anwendung von Gewalt zeigt, dass das Regime für seinen Machterhalt vor nichts zurückschreckt.“⁴ Unter Berufung auf »Aktivisten« und Berichte, die über eine »Social Media Website« die internationale Öffentlichkeit erreicht hatten, erklärte US-Außenministerin Hillary Clinton zeitgleich, die syrischen Sicherheitskräfte seien für den Tod von mehr als 2.000 Demonstranten verantwortlich.⁵

Syrien verurteilte die Erklärungen von Clinton und bezeichnete sie als »Aufwiegelung«, doch Frankreich, Großbritannien, die Türkei und Jordanien folgten mit ähnlichen Stellungnahmen. Die Kontakte zur syrischen Regierung wurden eingefroren, die Botschaften Anfang 2012 geschlossen.

Zu diesem Zeitpunkt begannen Reporter der New York Times mit einer Langzeitrecherche, die sie im März 2013 veröffentlichten. Der Bericht⁶ erläutert, wie und welche Mengen Waffen aus Katar, Saudi Arabien und Kroatien in die Türkei und nach Jordanien geliefert und – unter den Augen der NATO und der Geheimdienste – von den Flughäfen in Ankara und Amman ins Grenzgebiet nach Syrien transportiert wurden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde deutlich, dass der innersyrische Konflikt, der intern hätte gelöst werden müssen und können und der noch nicht das Ausmaß eines »Bürgerkrieges« angenommen hatte, vom Ausland her befeuert wurde. Demonstrationen, die gegen die Macht von Geheimdiensten, für mehr politische und wirtschaftliche Teilhabe und einen Rechtsstaat organisiert worden waren, wurden von regionalen Staaten mit Waffenlieferungen angeheizt und instrumentalisiert. Das Ziel war, die syrische Regierung zu isolieren. Das beschreibt ein Bericht des US-Militärgeheimdienstes, dessen Veröffentlichung im Sommer 2015 juristisch erstritten worden war.⁷

Zurück nach Damaskus Ende 2011. Regierung und Präsident hatten mit der regionalen und internationalen Abwendung und der raschen Eskalation nicht gerechnet. Seit Bashar al-Assad seinen Vater 2000 in einem undemokratischen, allerdings von Europa und den USA wenig kritisierten Verfahren beerbt hatte, hatte Syrien eine bis dahin nicht gekannte Öffnung erlebt. Assad kündigte Reformen an und forderte die Bevölkerung auf, ihn dabei zu unterstützen. Der Damaszener Frühling (2001) brachte die innenpolitische Erstarrung in Bewegung, die allerdings bald vom Geheimdienst gebremst wurde, der Assad seine »rote Linie« aufzeigte. Der strebte die Öffnung nach Westen an, insbesondere Richtung Europa, verweigerte aber eine Beteiligung an der Irakinvasion 2003. Europa öffnete Syrien über die Mittelmeerunion, den Barcelona-Vertrag und ein EU-Assoziierungsabkommen die Tür nach Westen, was die Regierung in Damaskus positiv aufnahm. Bilaterale Projekte zwischen EU-Staaten und Syrien im Handels-, Bildungs- und Ausbildungsbereich schossen aus dem Boden. Der wirtschaftliche Aufschwung in Syrien wurde durch die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen angekurbelt; die WTO sagte 2010 voraus, dass Syrien 2015 die fünfthöchste Wirtschaftskraft der arabischen Welt sein würde.

Öffnung und wirtschaftlicher Aufschwung wurden teuer erkauft, denn innenpolitisch hielten die Reformen nicht Schritt mit den wirtschaftlichen Veränderungen. Die rasche wirtschaftliche Öffnung zur Türkei zerstörte die nationale Wirtschaftsstruktur, in der viele Klein- und Familienunternehmen Arbeitsplätze geschaffen und ein bescheidenes Auskommen gewährleistet hatten. Eine lang anhaltende Dürre hatte zudem die Existenz vieler Bauern und Viehzüchter vernichtet. Landflucht und ein enormes Bevölkerungswachstum ließen Satellitenstädte um die Wirtschaftszentren Aleppo, Homs und Damaskus entstehen. Jeder hatte ein Dach über dem Kopf und musste – dank subventionierter Grundnahrungsmittel und sehr geringer Preise – keinen Hunger leiden. Doch die westlichen Partner drängten auf Privatisierung und Subventionsabbau, was im Land scharf kritisiert wurde.

Auch wenn das ungezügelte Agieren der Geheimdienste seit 2000 eingedämmt worden war, kamen innenpolitische Reformen nicht voran. Während Privatuniversitäten eine neue Elite förderten, ließ die Liberalisierung des Bildungssektors in den Satellitenstädten Koranschulen entstehen, die immer mehr Einfluss gewannen. Angesichts der Ereignisse in Tunesien und Ägypten (2010/2011) lagen bei etlichen Nutznießern des syrischen Systems – vor allem bei den Geheimdiensten – die Nerven blank. Das sorgte Mitte März 2011 für die Eskalation in Deraa.⁸ Der Zorn der Menschen, die auf die Straße gingen, wandte sich nicht gegen Präsident Assad. Ihr Zorn richtete sich gegen die auf Profit und Gewalt basierende Machtstruktur eines »Regimes«, das seit 50 Jahren Bestand hatte. Das schwere Erbe seines Vaters – einen auf der Macht der Geheimdienste basierenden Staat – hatte Bashar al-Assad in den zehn Jahren seiner Amtszeit (bis 2011) nicht reformieren können.

„Bashar al-Assad muss stürzen und er wird stürzen“

Dass westliche Politiker den direkten Kontakt mit der syrischen Regierung und Präsident Assad vermieden und sich stattdessen über die Medien öffentlich und Partei nehmend äußerten, folgte einer politischen Absicht. Deutlich machen das Debatten im französischen Außenministerium, die allerdings erst im Herbst 2014 in dem Buch »Les Chemins de Damas«⁹ bekannt wurden.

Das Buch befasst sich mit 40 Jahren syrisch-französischer Beziehungen.¹⁰ In einem Kapitel (»Streit am Quay d'Orsay«, dem französischen Außenministerium) wird beschrieben,¹¹ wie der französische Präsidentenpalast die französischen Diplomaten und Geheimdienste unter Druck setzte, um die Außenpolitik – entgegen deren Erkenntnissen – dem Ziel unterzuordnen, den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad zu stürzen. Berichtet wird von einem Treffen im Frühling 2011, an dem der (damalige) Stabschef im Außenministerium (Hervé Ladsous), der Botschafter in Syrien (Eric Chevallier) und der Berater von Präsident Nicolas Sarkozy für den Mittleren Osten (Nicolas Galey) teilnahmen. Daneben waren weitere hochrangige Beamte und Diplomaten anwesend, die mit Syrien zu tun hatten. Der Botschafter in Damaskus, Eric Chevallier, erklärte, wie er schon zuvor schriftlich mitgeteilt hatte, dass nach seinen in Syrien gesammelten Erkenntnissen *„das Assad-Regime nicht stürzen wird und Assad stark ist“*. Nach allem, was er in Syrien *„erlebt und gehört habe – und er habe verschiedene Regionen Syriens bereist“*, habe er nicht den Eindruck *„dass das Regime zerbricht“*. Der Berater des Präsidenten habe ihn daraufhin abrupt und geradezu *„feindselig“* unterbrochen: *„Hören Sie auf, solchen Unsinn zu reden. Wir sollten uns nicht an die Fakten halten, sondern wir müssen über unsere Nasenspitzen hinausblicken“*, wird Nicolas Galey wiedergegeben. Der Stabschef im Außenministerium, Hervé Ladsous, äußerte gegenüber den Autoren Malbrunot und Chesnot, er sei über den Ton *„schockiert“* gewesen. Der Präsidentenberater sei *„nicht zu dem Treffen gekommen, um an einer Beratung teilzunehmen, sondern um einen bestimmten Auftrag zu erfüllen: [nämlich] die*

Ansicht durchzusetzen, dass der Sturz von Assad unausweichlich sei“. Jeder der Anwesenden sollte verstehen, dass davon abweichende Meinungen in der französischen Diplomatie nicht mehr geduldet würden, so Ladsous.

In dem Kapitel wird ein harscher Wortwechsel zwischen Chevallier und Galey wiedergegeben. Auslöser dafür waren unterschiedliche Angaben der Inlands- und Auslandsgeheimdienste Frankreichs. Während der Inlandsgeheimdienst einen rapide ansteigenden Einfluss von Salafisten und Jihadisten bei den Unruhen in Syrien festgestellt hatte, schickte der Auslandsgeheimdienst ausschließlich Berichte, in denen die syrische Regierung um Präsident Assad dämonisiert wurden.

Chevallier erklärte dazu, er habe sich wiederholt mit syrischen Oppositionellen in Syrien getroffen und dass *„das Regime überleben wird und viel ausländische Unterstützung“* habe. Der Präsidentenberater Galey habe daraufhin erklärt: *„Ihre Informationen sind uns egal.“* Botschafter Chevallier stellte daraufhin fest: *„Sie wollen, dass ich etwas anderes aufschreibe. Aber meine Aufgabe als Botschafter ist weiterhin, das zu sagen, was ich bereits geschrieben habe, und das ist, was tatsächlich geschieht.“* Präsidentenberater Galey antwortete, im Präsidentenpalast sei man nicht an den Informationen des Botschafters interessiert: *„Bashar al-Assad muss stürzen und er wird stürzen.“*

Systematische Eskalation

Der »Sturz des Regimes« wurde zum Inbegriff des politischen Wandels für Syrien. Und da das »Regime« mit der Familie al-Assad gleich gesetzt wurde, ging es nur noch um den »Sturz von Assad«. Ohne diesen Sturz könne und werde sich nichts in Syrien ändern, wiederholten Politiker im Westen, in der Türkei, in den Golfstaaten und von der syrischen Auslandsopposition.¹²

Letztere verfügte mit der »Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte« über ein allgegenwärtiges Sprachrohr, das für die internationale Presse zu einer zentralen Quelle für Nachrichten aus Syrien wurde. Das Logo auf der Webseite dieser »Beobachtungsstelle« zeigt deutliche Sympathie, wenn nicht sogar Zugehörigkeit, zu dem Teil der syrischen Opposition, der die alte syrische Nationalfahne (aus der Zeit des französischen Mandats) als Erkennungsmerkmal gewählt hat.¹³ Diese Fahne wurde vom syrischen Nationalrat gezeigt, aus dem die vom Westen, der Türkei und den Golfstaaten unterstützte syrische »Nationale Koalition« (Etilaf) mit Sitz in Istanbul hervorging; auch die »Freie Syrische Armee« nutzt diese Fahne. Dennoch heißt es in der Selbstdarstellung der »Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte«, man sei *„mit keiner politischen Partei verbunden“*.

Gegründet nach eigenen Angaben 2006, wird dieses Informationsbüro von einer Person mit dem Pseudonym »Rami Abdel Rahman« geleitet. Sein richtiger Name ist Osman Sleiman. Er ist politischer Flüchtling aus Syrien und sitzt in einem Büro in Coventry (GB). Per Telefon sammelt er Informationen über die Ereignisse in Syrien bei einem *„weiten Netzwerk von Informanten“*, die er in oder um Syrien herum befragt. Diese Informationen werden an Medien und Interessierte weitergeleitet. Wiederholt erhielt die Beobachtungsstelle finanzielle Unterstützung vom »Europäischen Instrument für Demokratie und Menschenrechte«.¹⁴

Trotz des häufigen Zusatzes, dass sich die Angaben nicht unabhängig überprüfen ließen, berufen sich fast alle Meldungen zumindest deutscher Medien auf diese Beobachtungsstelle. Amnesty international sagt, das Büro stelle *„die besten Statistiken“* zusammen.¹⁵ Allerdings muss man sich fragen, wie es sein kann, dass die Beobachtungsstelle, die weitab vom Geschehen in England sitzt,

stets rasch Berichte, Fotos und Opferzahlen von Orten erhält, an denen es Überfälle, Angriffe, Gefechte oder Massaker gab oder gibt. Wie ist es möglich, dass »syrische Aktivisten« in Kampfgebieten, in denen die Infrastruktur zerstört ist oder wird, über Telefonverbindungen verfügen? Ein syrischer Offizier erklärte dazu: „*Hier in Syrien sind so viele internationale Geheimdienste unterwegs, mit den Kampfgruppen und ohne. Sie rufen dort an und geben ihre Meldungen durch.*“ Auf die Nachfrage, dass die Beobachtungsstelle sich angeblich auch auf Quellen aus der syrischen Armee berufe, antwortete er mit einem Verweis auf die öffentlichen Armee-Bulletins.¹⁶ Im August 2012 war allerdings bereits bekannt geworden, dass deutsche und britische Abhördienste im östlichen Mittelmeerraum vor der Küste Syriens und auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik (nahe Adana) „*Informationen über die Bewegungen der syrischen Regierungstruppen [sammeln], die dann zu den Rebellen gelangen*“.¹⁷ Vieles deutet darauf hin, dass die britische »Beobachtungsstelle« in dieses Aufklärungsnetz eingebunden ist.

Die Katapulte gegen Bashar al-Assad waren in Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Washington, in der Türkei und in den Golfstaaten schon in Stellung gebracht, bevor die syrische Opposition sich im Juni 2011 zu einer großen Konferenz im Damaszener Hotel »Semiramis«¹⁸ versammelte. Jede politische Initiative, jedes Gesprächsangebot der syrischen Regierung an die innersyrische Opposition, die Aufhebung des langjährigen Ausnahmezustands, jede eingeleitete Reform wurde vom Tisch gefegt. Als die innersyrischen Oppositionellen auf der Semiramis-Konferenz dennoch für Dialog plädierten, denunzierte man sie als „*Marionetten des Regimes*“¹⁹ oder »vom Regime geduldet«. Und wenn Journalisten – wie die Autorin dieses Artikels – aus dem Land über die innersyrischen Debatten und den skizzierten Dialog berichteten, wurden sie zum „*Handlanger des Regimes*“.²⁰ Im Spätsommer 2011, als die syrische Regierung und die innersyrische Opposition noch versuchten, eine Gesprächsbasis zu finden, folgten Auslandsopposition und die sie unterstützenden Staaten, die sich Anfang 2012 zu den »Freunden Syriens« zusammenschlossen, einer klassischen Eskalationsstrategie (im Folgenden nach Gugel und Jäger).²¹

- Mit der Gründung einer »Freien Syrischen Armee« in der Türkei, die die Opposition unterstützte, wurden Tatsachen geschaffen, die die Militarisierung unmittelbar beschleunigten. Beleidigende Sprache gegen den Präsidenten und die Regierung fanden sich bei Facebook, YouTube und Twitter, die von der Opposition extensiv genutzt wurden. Die persönliche Integrität des Konfliktpartners wurde untergraben, er wurde bloßgestellt, wie unzählige Spottlieder auf und Karikaturen über den syrischen Präsidenten und die Regierung, aufpeitschende Reden und Stellungnahmen auch westlicher Politiker dokumentieren. Wann immer sich der syrische Präsident äußerte, wurde er von der Opposition beschimpft. Besonders häufig machte man sich über das Lispeln von Bashar al-Assad lustig.
- Am 30. Juni 2012 unterzeichneten die Außenminister der Vetomächte des UN-Sicherheitsrates (China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA) in Genf eine Vereinbarung, die der damalige UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Kofi Annan, ausgearbeitet hatte. Darin wurden ein Waffenstillstand und eine Konferenz aller Kriegsakteure zur Bildung einer Übergangsregierung vorgeschlagen. Für Präsidenten Assad wurde keine Rolle vorgesehen; in der Vereinbarung wurde nicht einmal sein Name erwähnt. Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Dokuments legte die damalige US-Außenministerin, Hillary Clinton, eine eigene Interpretation der Vereinbarung vor, die fortan jeden politischen Prozess in Syrien blockierte: Voraussetzung für die Umsetzung der Genfer Vereinbarung sei, dass der syrische Präsident Bashar al-Assad abtreten müsse, gab Clinton die Marschrichtung vor, der

alle US-Bündnispartner in Europa und am Golf ebenso folgten wie die Türkei und die bewaffneten Oppositionsgruppen. Kofi Annan trat kurz darauf zurück.²²

- Es gab keine Trennung zwischen Sache und Person, sondern Bashar al-Assad wurde für alles verantwortlich gemacht, was im Land geschah, auch wenn die Umstände des Geschehens oft unklar waren. »Er« bombardiert Bäckereien, Krankenhäuser, Schulen, »er« wirft Fassbomben, schlachtet sein eigenes Volk ab und vergiftet es, heißt es bis heute von der syrischen Auslandsopposition und sie unterstützenden Organisationen.
- Der Machtkampf und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen innerhalb der (Auslands-) Opposition führten schließlich dazu, dass das Büro des UN-Sonderversmittlers für Syrien in Damaskus 2000 oppositionelle Gruppen gelistet hatte, die angaben, „*die Mehrheit der Syrer zu vertreten*“.²³ Internationale Organisationen (Vereinte Nationen, Arabische Liga) wurden zwar in die Konfliktlösung einbezogen, aber die Auslandsopposition und die sie unterstützenden Staaten (und Medien) erklärten jede ihrer Initiativen²⁴ für gescheitert, noch bevor sie begonnen hatten. Es wurden von der Auslandsopposition und den sie unterstützenden Staaten (und Medien) nur einseitige Interessen berücksichtigt, die zumeist völlig außen vor ließen, dass ein großer Teil der syrischen Bevölkerung den syrischen Präsidenten unterstützt oder zumindest nicht die Opposition – und auf keinen Fall bewaffnete Gruppen – als eine erstrebenswerte Alternative ansah. Spätestens mit dem Griff zur Waffe machten auch Oppositionsgruppen klar, dass existentielle Bedürfnisse nicht anerkannt wurden.
- Für die Missachtung des Völkerrechts waren vor allem die Nachbarländer Syriens und deren internationale Partner verantwortlich, die über die Landesgrenzen Kämpfer und Waffen nach Syrien schleusten und inzwischen offen Kampfverbände ausbilden.²⁵
- Der »Rücktritt von Assad« wurde von der Auslandsopposition und den sie unterstützenden Staaten (und Medien) zur Bedingung für alles gemacht, was den bewaffneten Konflikt in Syrien hätte beilegen können. Die Forderung führt bis heute zu einer tiefen Lagerbildung nach dem Motto »wer nicht für uns ist, ist gegen uns«.²⁶
- Die mangelnde Gesprächsbereitschaft der Auslandsopposition und der sie unterstützenden Staaten führte dazu, dass die syrische Regierung und die Inlandsopposition politisch vom Westen immer mehr isoliert wurden, ihnen wurde kein Ausweg gelassen. Selbst die UN-Sonderversmittler für Syrien wurden dafür kritisiert, dass sie sich in Damaskus mit dem syrischen Präsidenten trafen.²⁷ Die Wirtschaftssanktionen der EU (seit 2011) und der USA führten dazu, dass die syrische Regierung sich immer mehr an denen orientierte, die sie weiter unterstützten: Iran, Russland und China.
- »Ungeschriebene Regeln verletzen« trägt nach Guggels und Jägers Konzept von »Eskalation und Deeskalation« ebenfalls dazu bei, dass ein Konflikt eskaliert und Gesellschaften zerrüttet werden. In Syrien geschah das vor allem über die enorme Konfessionalisierung des Konflikts, die radikale Prediger (und Medien) vorantrieben. Es hieß, der syrische Präsident „*tötet die Sunniten*“,²⁸ und weil Bashar al-Assad der Konfession der Alawiten angehört, einer Strömung des schiitischen Islam, wurde er mitsamt seiner Glaubensgemeinschaft zu „*Ungläubigen*“²⁹ erklärt, die getötet werden sollten. Verheiratet ist Bashar al-Assad mit einer Sunnitin aus Homs, die zudem noch britische Staatsbürgerin ist. Das Paar respektiert

die religiösen Regeln Syriens, lebt aber eine moderne säkulare Ehe, wie es vor allem in den großen Städten des Landes üblich ist. Syrien ist ein säkularer Staat, wo der Respekt vor der Religion des anderen eine ungeschriebene Regel ist. Durch die Darstellung des Geschehens in Syrien als »Krieg zwischen Sunniten und Schiiten« werden nicht nur das Jahrhunderte lange Zusammenleben der Bevölkerung, sondern auch interreligiöse Ehen, die in Syrien sehr häufig sind, negiert. Die uralte Tradition der religiösen Toleranz in Syrien wird auf eine harte Probe gestellt.

Dekonstruktion eines Hoffnungsträgers

Die Entmenschlichung und Dämonisierung von Feinden hat eine lange Tradition. In Konflikten wird der politische Gegner lächerlich gemacht, in Kriegen wird der Gegner entstellt. Das dient dem „*Zusammenhalt des eigenen Lagers*“, wie es beispielsweise während des Ersten Weltkriegs der bekannte Schriftsteller Sir Arthur Conan Doyle formulierte. „*Hass stählt den Geist und verbürgt Entschlossenheit, so wie es kein anderer Gemütszustand tut*“, schrieb Doyle.³⁰ In allen öffentlichen Einrichtungen und Geschäften sollten – so ein Vorschlag dieses Autors – Bilder mit (angeblichen oder tatsächlichen) Gräueltaten der Gegner aufgehängt werden, um sie (die feindlichen Deutschen, KL) als Volk von Barbaren zu stigmatisieren.³¹

Wie oben dargestellt, fing die Entstellung von Bashar al-Assad schon im Frühjahr 2011 im Ausland an. Zu diesem Zeitpunkt dachten die meisten Syrer, ob Oppositionelle oder nicht, gar nicht daran, dass Assad gestürzt werden könnte. Als eine Al-Jazeera-Reporterin (Zeina Khodr) Ende März 2011 einen Demonstranten in Deraa fragt, „*Ist dies eine Revolution gegen das Regime*“, antwortet dieser: „*Nein, nein.*“ Und worum geht es dann, fragt die Reporterin. „*Es geht darum, dass einige Regeln (Gesetze) geändert werden, einige ungerechtfertigte Regeln, nur darum.*“ Bei den Protesten seien Worte wie „*Freiheit, Gerechtigkeit und Reformen*“ zu hören, sagt die Reporterin in ihrem Bericht. „*Bisher gibt es keine Rufe nach dem Sturz des Regimes, zumindest bis jetzt.*“³²

Tatsächlich war Präsident Assad bei der Bevölkerung sehr beliebt. Er sei jung, im Westen ausgebildet und weder geld- noch machtgerig, so die Ansicht vieler Syrer. Er habe die Probleme des Landes von seinem Vater geerbt, meinte Ghassan Houry, ein Kunsthändler in der Altstadt von Damaskus: „*Die Reformen sind nur so gut, wie wir Syrer, ich Ghassan, sie umsetzen.*“³³

Wenn der syrische Präsident stürzen sollte, wie es die französische Regierung bereits im Frühjahr 2011 als politische Perspektive formuliert hatte, musste das positive Bild von Bashar al Assad, das auch in der westlichen Öffentlichkeit herrschte, zerbrochen werden. Nur so konnte man die Weigerung begründen, angesichts einer innenpolitischen Krise diplomatisch, politisch und persönlich mit dem syrischen Präsidenten zu kommunizieren. Assad wurde auf Titelbildern und in Karikaturen offen dämonisiert. Exemplarisch sei hier der Titel des SPIEGEL (7.10.2013, Nr. 41/2013) genannt, wo es heißt: „*Wie leben Sie mit dieser Schuld, Herr Assad?*“. Ein aufschlussreiches Interview, das der Publizist Jürgen Todenhöfer mit dem syrischen Präsidenten für die ARD (8.7.2012) führte, wurde im Anschluss von zwei bekannten Nahostkorrespondenten (ARD und SPIEGEL) »eingeorordnet«. Die Antworten Assads seien ein „*dreistes Beispiel für Realitätsverweigerung*“ und gingen über „*Gaddafi oder Mahmud Ahmadinedschad hinaus*“, sagte der eine. Der andere bezeichnete es als „*Zynismus*“, den syrischen Präsidenten überhaupt zu Wort kommen zu lassen. Die Berliner »tageszeitung« schrieb, die beiden Korrespondenten hätten „*die Dekonstruktion des Assad-Todenhöfer-Gesprächs*“ geliefert.³⁴

Die Dekonstruktion des Interviews folgte der Linie, den einstigen Hoffnungsträger Syriens, Bashar al-Assad, zu zerlegen und unglaublich zu machen. Die Dämonisierung Assads wiederum führte dazu, Regierung und Armee – und damit den staatlichen Strukturen des Landes – die Rechtmäßigkeit zu entziehen. Mainstream-Medien und Medien der Auslandsopposition folgten dieser Darstellung, die bis heute den syrischen Konflikt dominiert. Andere Meinungen und Analysen werden mit dem Bannstrahl »Handlanger des Regimes/Assads« zu sein, zum Schweigen gebracht.

Beschämendes Symbol

Ende Juli 2015 legte der nunmehr dritte UN-Sondervermittler für Syrien, Staffan De Mistura, dem UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einen Bericht über Beratungsgespräche vor, die er vier Monate lang mit den verschiedensten Kriegsakteuren in Syrien, regionalen und internationalen Staaten, der EU und den Vetomächten des UN-Sicherheitsrates geführt hatte, um ein Ende des Krieges in Syrien zu erreichen.³⁵ Das Ergebnis ist im Wesentlichen das, was bereits in der Genfer Vereinbarung (Juni 2012) niedergeschrieben war: Waffenstillstand, Verhandlungen, Bildung einer Übergangsregierung. Der UN-Generalsekretär forderte die Staaten im UN-Sicherheitsrat auf, den Vorschlag von De Mistura zu unterstützen. Das Gemetzel in Syrien dauere länger als vier Jahre und sei ein „*beschämendes Symbol für die Zerrissenheit und das Scheitern der internationalen Gemeinschaft*“. Der Sicherheitsrat habe einst einstimmig der Genfer Vereinbarung zugestimmt, erinnerte der UN-Generalsekretär. Er sei jederzeit bereit, eine „*internationale Konferenz auf höchster Ebene*“ einzuberufen, um eine politische Lösung zu finden.³⁶

Schlussbemerkung

„Sie stellen Assad zu positiv dar, ich vermisse Kritik daran, dass er sein Volk abschachtet, dass er ein Diktator ist, dass er das Land zerstört“, höre ich immer wieder von Redakteuren oder bei Veranstaltungen.³⁷

Richtig ist, dass ich den syrischen Präsidenten als politisch Verantwortlichen eines souveränen Landes, Syrien, ansehe und entsprechend berichte. Wenn Oppositionelle oder politische Gegner Bashar al-Assad beschuldigen, erniedrigen, lächerlich machen oder dämonisieren, so tun sie das, weil sie ihn politisch entmachten wollen. Als Akteure verlangt niemand von ihnen, »Beweise« vorzulegen für das, was sie vortragen. Als tatsächliche oder vermeintliche Opfer staatlicher Gewalt und Unrechts ist die Sympathie der „*Empörungsgesellschaft*“³⁸ auf ihrer Seite.

Als Journalistin ist es meine Aufgabe, über die Lage, Konflikte und Ereignisse in einem Land umfassend zu berichten. Meine Aufgabe ist es nicht, politisch Partei zu ergreifen, weder für die eine noch für die andere Seite. Meine Aufgabe ist es, Informationen zu liefern, um das, was geschieht, verstehen zu können, um sich dann eine Meinung zu bilden. Mein Schwerpunkt liegt auf dem „*Leben im Hintergrund der Schlagzeilen*“.³⁹ Dazu gehört es ebenso, über das Leid der Bevölkerung zu berichten, über ihren Zorn und ihre Hoffnungen, wie politisch Verantwortliche zu Wort kommen zu lassen – von allen Seiten. Die Realität in Syrien ist vielschichtig, und gewaltfreie syrische Oppositionelle haben immer wieder auf die Gefahren hingewiesen, wenn der Konflikt militärisch und konfessionell eskaliert. Bis heute spielt bei ihnen die Person Bashar al-Assad eine untergeordnete Rolle.⁴⁰

Tatsache ist, dass ich Bashar al-Assad nie getroffen habe, trotz wiederholter Anfragen. Die Journalisten westlicher Medien, die ihn interviewt haben (u.a. mehrmals DER SPIEGEL, ARD)

beschreiben den syrischen Präsidenten als nachdenklichen, geduldigen, offenen Gesprächspartner, immer höflich, nie weiche er einer Frage aus. Im Februar 2015 wurde Assad von dem BBC-Reporter Jeremy Bowen interviewt, der ihm 66 Fragen stellte.⁴¹

Syrer, die Bashar al-Assad getroffen haben, zeigten sich von seiner zurückhaltenden Freundlichkeit beeindruckt. Andere Syrer, die ihn aus politischen Zusammenhängen kennen (Baath-Partei, Beratungsgespräche), sagen, er werde seinem Vater immer ähnlicher.⁴² Der Krieg hat aus dem »Reformer Assad« einen »Machthaber« gemacht.

Anmerkungen

¹⁾ Gerlach J.: Der Schlächter von Damaskus. FOCUS 25/2011, 20.6.2011.

²⁾ McElroy D.: Syria: Bashar al Assad and family „will be killed like Gaddafi“. The Telegraph, 30.1.2012.

³⁾ US Department of State: Remarks [of Secretary of State Hillary Rodham Clinton] With European Union High Representative for Foreign Affairs and Security Policy Catherine Ashton After Their Meeting. Washington, D.C., 11.7.2011.

⁴⁾ Syrien – Westerwelle: Keine Zukunft für Assad. Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung bzw. faz.net, 6.8.2011.

⁵⁾ Hillary Clinton in einem mit dem in Fußnote 4 genannten FAS-Artikel verlinkten Video von Reuters.

⁶⁾ Chivers D.J. and Schmitt E.: Arms Airlift to Syrian Rebels Expands, with Aid from C.I.A. New York Times, 24.3.2013.

⁷⁾ Judicial Watch: Defense, State Department Documents Reveal Obama Administration Knew that al Qaeda Terrorists Had Planned Benghazi Attack 10 Days in Advance. 18.5.2015; dort steht auch das DIA-Dokument online. Deutsche Übersetzung des DIA-Papiers: »Salafistisches Fürstentum«. Bericht des US-Militärgeheimdienst[es] DIA aus dem Jahr 2012: Westliche Unterstützung für Aufständische in Syrien befördert Entstehen eines »Islamischen Staats«. junge Welt, 28.5.2015.

⁸⁾ Schuljungen schrieben eine regierungsfeindliche Parole auf eine Schulwand und wurden verhaftet. Die Eltern wurden beleidigt und wandten sich an die örtliche Moschee, die half, Proteste zu organisieren. Geheimdienste schossen in die Menge, die Lage eskalierte. Eine von Assad entsandte Regierungsdelegation nach Deraa konnte die Lage beruhigen, Polizeichef und Gouverneur wurden abgesetzt. Doch die Eskalation ging weiter. Siehe dazu: Leukefeld K. (2015): Flächenbrand. Köln: Papyrossa.

⁹⁾ Malbrunot G. et Chesno C. (2014)t: Les Chemins de Damas – Le dossier noir de la relation franco-syrienne. Paris: Robert Laffont.

¹⁰⁾ Mit einem Mandat des Völkerbundes war Frankreich Mandatsmacht in Syrien von 1922-1946. Diese Zeit hat das Verhältnis beider Staaten nachhaltig beeinflusst und sorgt bis heute für tiefes gegenseitiges Misstrauen.

¹¹⁾ Hier nach Ayoub S.: »The Roads of Damascus« -How the Elysee manipulated chemical weapons reports. Al Akhbar English, 13.10.2014.

¹²⁾ Über die Hauptakteure der syrischen Auslandsopposition verfasste der britische Journalist Charlie Skelton eine sehr informative Recherche für den britischen Guardian: The Syrian opposition: who's doing the talking? 12.7.2012.

¹³⁾ Siehe syriahr.com/en. Die syrische Nationalfahne trägt von oben nach unten die Farben rot, weiß und schwarz; in dem mittleren, weißen Streifen sind zwei rote Sterne abgebildet

¹⁴⁾ European Commission – Development and Cooperation, EuropeAid: Tortured & terrorized but not silenced – Delivering on Human Rights Defenders. Highlights of the Semester January-June 2012. S.11.

¹⁵⁾ MacFarquhar N.: A Very Busy Man Behind the Syrian Civil War's Casualty Count. New York Times, 9.4.2013.

¹⁶⁾ Der Offizier war nicht autorisiert über das Thema zu sprechen und bleibt daher anonym. Das Gespräch führte die Autorin in Damaskus, April 2015.

¹⁷⁾ Einsatz vor der syrischen Küste – Deutsches Schiff hilft Rebellen. n-tv.de. 19.8.2012.

¹⁸⁾ An der Konferenz im Damasener Hotel »Semiramis« am 27. Juni 2011 nahmen rund 200 Oppositionelle teil. Sie sprachen sich für einen Dialog mit der Regierung aus und forderten die Einstellung jeder Gewalt, eine Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesfälle und die Freilassung der im Zusammenhang mit den Protesten Festgenommenen.

¹⁹⁾ Avenarius T.: Oppositioneller zur Lage in Syrien – „Assad soll neue Regierung führen“. Süddeutsche Zeitung, 31.01.2012.

²⁰⁾ Meisner M.: Mit Assads Duldung – „Ich kann weitgehend frei berichten“. Der Tagesspiegel, 21.2.2012.

²¹⁾ Die Eskalationsstrategien sind hier dargestellt nach Gugel G. und Jäger U.: (2002): Konflikte XXL – Konstruktive Konfliktbearbeitung als Gewaltprävention. Tübingen: Institut für Friedenspädagogik und Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. CD-ROM.

²²⁾ Die Syrien-Falle – Deutschland und der Krieg gegen Assad, Dokumentation von Hubert Seipel, ARD 13.2.2013, 45 Minuten. Die informative Dokumentation wurde schon vor der Ausstrahlung im SPIEGEL zerrissen: In der Fakten-Falle, Raniah Salloum. DER SPIEGEL, 13.2.2013.

²³⁾ Mokhtar Lamani, Stellvertreter des UN-Sondervermittlers für Syrien Lakdar Brahimi, im Gespräch mit der Autorin, Damaskus, September 2013.

²⁴⁾ Dazu gehörten die Beobachterdelegation der Arabischen Liga (2011/12), ein von den Vereinten Nationen vermittelter Waffenstillstand (Mai 2012) sowie das Genfer Abkommen (Juni 2012), das der UN-Sondervermittler Kofi Annan ausgehandelt hatte.

²⁵⁾ Die US-Administration bildet in der Türkei und Jordanien »moderate Rebellen« aus, die in Syrien gegen den »Islamischen Staat im Irak und in der Levante« kämpfen sollen. Bisher haben nur wenige die Aufnahmeprüfung bestanden, weil die meisten Anwärter vor allem gegen die syrische Armee und Bashar al-Assad kämpfen wollen.

- ^{26]} US-Präsident George W. Bush sagte nach dem 11. September 2001 in einer Rede vor dem US-Kongress: *„Jeder Staat, der Terroristen unterstützt, wird von den USA als feindliches Land angesehen. Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für den Terrorismus.“* Zitiert nach The White House, Office of the Press Secretary: Address to a Joint Session of Congress and the American People. United States Capitol, Washington, D.C., September 20, 2001.
- ^{27]} Revolutionary Command Council Criticizes De Mistura. Syrian Observer, 19.2.2015,.
- ^{28]} Sherlock R.: Bashar al-Assad's militias »cleansing« Homs of Sunni Muslims. The Telegraph, 22.7.2013.
- ^{29]} Nordhausen F.: Syrien-Konflikt – *„Unser Gott heißt Bashar“*. Frankfurter Rundschau, 5.9.2012.
- ^{30]} Zitiert nach Read, J.M. ([1941]/1972): Atrocity Propaganda 1914-1919. New York: Arno Press, S.7ff.
- ^{31]} Zitiert nach Beham M.: (1996): Kriegstromein – Medien, Krieg und Politik. München: dtv, S.27.
- ^{32]} Full AlJazeera report on Daraa and Syrian protests on 26th March 2011. Von GoaFerris auf YouTurbe hochgeladen am 22.8.2011.
- ^{33]} Gespräche der Autorin in Syrien 2011.
- ^{34]} Grimberg S: ARD-Interview mit Assad – Shakespeare statt kritischer Nachfragen. tageszeitung, 9.7.2012.
- ^{35]} Interview: *„Every conflict has an end, and this conflict... has to come to an end after five years“* – UN envoy for Syria Staffan de Mistura. UN News Center, 30.7.2015.
- ^{36]} [United Nations] Secretary-General Ban Ki-moon: Remarks to the Security Council on the situation in Syria. 29.7.2015.
- ^{37]} Aussage eines Teilnehmers auf einer Veranstaltung der Autorin in Pfaffenhofen (Ilm) am 28.7.2015.
- ^{38]} Walter, F. und Lühmann, M.: Zukunft der Demokratie -: Die Empörungsgesellschaft. ZEIT ONLINE, 17.03.2010.
- ^{39]} leukefeld.net.
- ^{40]} Am 24.Juli 2015 gaben Vertreter von zwei wichtigen Oppositionsbündnissen, die sehr unterschiedliche Positionen vertreten, in Brüssel eine Pressekonferenz. Während der Vertreter der Nationalen Koalition (Etilaf, Sitz Istanbul), Hisham Marwa erklärte, *„keine Rolle für Assad oder Mitglieder seiner Regierung in einer Übergangsregierung“* zu sehen, sagte der Vertreter des in Damaskus ansässigen Nationalen Koordinationskomitees für Demokratischen Wandel in Syrien (NCC), Khalad Dahoud, das Wichtigste wäre eine Gesamtvereinbarung, nicht die Rolle von Assad. Und sein Kollege Safwan Akkash fügte hinzu *„Assads Rolle kommt erst an zweiter Stelle.“* Middle East Online berichtet am gleichen Tag *„Syrian Opposition Groups agree: Assad must go“* (Syrische Oppositionsgruppen sind sich einig, dass Assad gehen muss), über die Pressekonferenz. Die Überschrift dieser Meldung orientiert sich so sehr an dem Anti-Assad-Trend in den Medien, dass sie direkt dem widerspricht, was auf der Pressekonferenz tatsächlich gesagt wurde.

[41](#)) Syria conflict – BBC exclusive interview with President Bashar al-Assad (FULL). Von BBC News auf YouTube hochgeladen am 9.2.2015.

[42](#)) Gespräche der Autorin in Syrien 2011-2015.

Karin Leukefeld studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften. Seit 2000 berichtet sie als freie Journalistin aus dem Nahen und Mittleren Osten für Tages- und Wochenzeitungen sowie den Hörfunk. Seit 2010 ist sie in Syrien akkreditiert. Zuletzt erschienen: »Flächenbrand: Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat« (Köln: PapyRossa, 230S., März 2015).